

Aktuelle Meldung: Preise bleiben hoch! Inflation frisst Löhne!

von Frank Bernhardt

Und sie macht auch vor den Gehältern nicht halt! „Die Einkommen schrumpfen gewaltig“ (www.gew-hamburg.de, hlz 11-12/22, 22), hieß es bereits im letzten Jahr, nachdem die Ergebnisse der letzten Tarifrunde schon Monate vor der nächsten aufgezehrt waren. Der diesjährige Abschluss ist wieder ernüchternd, von „starke[n] Forderungen“ (dito, hlz 9-10/22, 9) war die Rede, „um die Belastungen mindestens (!) auszugleichen“. Die Forderungen beliefen sich auf „10,5% mehr Geld bei einer „Laufzeit von 12 Monaten.“ Für die vielen Kolleginnen aus den KITAS und Schulen, die sich an Warnstreiks beteiligten, ist weniger als die Mindestforderung herausgekommen. Über drei Viertel „der Erzieher/innen sind nicht zufrieden mit dem Gehalt“, so stellt das „Arbeitspapier Nr. 44, Juni 2022“ der Hans-Böckler-Stiftung fest. Die Belastungen der Erzieherinnen sind extrem, hohe „Krankheitsquoten“ (www.gew.de, 7.7.) die Folge.



Bild von [Alexandra Koch](#) auf [Pixabay](#)

Die Gewerkschaften und ihre Mitglieder

Hauptsächlich in den für die Mitglieder maßgeblichen Tarifaueinandersetzungen kommt es auf sie an. Ohne sie wäre die Macht des Kapitals universell. Nur dann sind sie, die abhängig Beschäftigten (Marx bezeichnet sie treffend als „abhängige Variable“), das Subjekt, das für den Zeitraum des Tarifkampfes seine Interessen gegen die Geldmacht zur Geltung zu bringen versucht: Die Arbeiter und Angestellten, die mit ihrer Bereitschaft, den Produktions- oder Arbeitsprozess für Stunden im Warnstreik und über Tage und Wochen im Streik zu unterbrechen, zeigen ihre Macht. Umso mehr kommt es darauf an, was sie den Betriebseigentümern damit abtrotzen, um mit ihren notwendigen Reproduktionskosten durch die Preispolitik der Unternehmen nicht weiter in die Armut getrieben zu werden.

Doch aus Gewerkschaftskreisen verlautet, man habe einen „guten Kompromiss“ (gew.de, 23.4.) erreicht, bzw. es kommt der lapidare Hinweis: „Mehr sei nicht durchzusetzen gewesen“ (www.mdr.de, 23.4.); so geht das anstrengende Tagesgeschäft in Kitas und auch Schulen weiter. Der Verdi-Chef preist das Ergebnis als die „größte Tarifsteigerung in der Nachkriegsgeschichte im öffentlichen Dienst“ (www.taz.de, 24.4.), der Zusammenhang von Preis- und Lohnbildung kommt aber nicht vor. Die Gegenseite spricht von einem „fairen Tarifabschluss“ (Bundesinnenministerin Faeser); wie immer folgt der Standardspruch, „man sei an seine finanzielle Belastungsgrenze gegangen“ (Welge, VKA). Das Ergebnis sichere die Beschäftigten „gegen einen großen Reallohnverlust ab ..., da die „Inflation und hohe Energiepreise das Haushaltsbudget der Beschäftigten deutlich verringern“ (www.gew.de, 7.7.).

Ist denn ein geringerer „Reallohnverlust“ einfach so hinzunehmen? Wenn Einmalzahlungen, die nicht in die kommenden Tarifverhandlungen eingehen, und die 5,5 % mehr Geld von der hohen Inflation aufgebraucht sind, was dann? Wird dann vor Ablauf der Friedenspflicht nachverhandelt? Wohl eher nicht! Die GEW spricht davon, damit die „aktuellen Preissteigerungen auffangen zu können“ – und was ist mit den zukünftigen? Lange wird es nicht mehr dauern, dann ist bei den Betroffenen wieder Ebbe in der Kasse. Der Bundesbankpräsident Nagel spricht davon, dass die „Inflation an Breite gewonnen“ hat und „vorerst hoch bleiben (wird)“ (www.bundesbank.de, 5.7.). „An Breite gewonnen“ bedeutet so gut wie alles wird teurer.

Wenn gar der DIW-Chef aus Berlin, M. Fratzscher, Leiter eines unternehmensfreundlichen Instituts, über den Tarifabschluss sagt, er rechnet mit ca. „sechs Prozent weniger Kaufkraft“ zum Ende der Laufzeit (12/2024), konzidiert er damit einen weiteren Verlust von „Wohlstand für die Beschäftigten“ (www.augsburger-allgemeine.de, 23.4). Von "Wohlstand" bei den Millionen von Bürgergeldempfängern oder bei den fast 10 Millionen Niedriglöhnern zu reden, ist schon absurd. Wobei es sich um Prognosen handelt, die erstens Durchschnittswerte darstellen, die die konkreten Belastungen in den einzelnen Lohn- und Gehaltssegmenten gar nicht abbilden; zweitens ist davon auszugehen, dass die Komplikationen, die die Wirtschaftssanktionen gegen Russland für die eigene Wirtschaft hervorrufen und auch die Maßnahmen zur `Energie-wende´ weiter bei der allgemeinen Preisbildung („Strompreise könnten ... auf 60 bis 80 Cent (steigen)“, so www.agrarheute.com, 10.6), eine treibende Rolle spielen. Passend dazu die freche Forderung „nach längeren Arbeitszeiten“ (www.tagesschau.de, 17.7.) vor knapp einer Woche durch den IW-Direktor Hüther aus Köln.

Auch die Mieten steigen - was denn sonst?

Aktuell sorgt eine Meldung aus dem Nachbarland Österreich für erhebliches Aufsehen, was sicher auch bei vielen Gewerkschaftern Unmut hervorrufen wird: „Wenn die Mieten den Löhnen davonlaufen! ... Zum vierten Mal in 15 Monaten schnalzen [Dialekt: peitschen] jetzt für viele die Mieten nach oben“ (moment.at, 2.6.); natürlich, wie immer, im rechtlich vorgegebenen Rahmen.

Auch in deutschen Landen läuft das so, was zwischen den Eigentümern von Wohnraum und der großen Anzahl an Nachfragern rechtsstaatlich und damit durch staatliches Gewaltmonopol

abgesichert ist. Nämlich so, dass diejenigen, die vom Staat für Wohnungen/Häuser ein Eigentumsrecht zugesprochen bekommen, egal ob Wohnraum leer steht und auf höhere Renditen spekuliert wird, geschützt sind. Bei einem „Mietverhältnis, das „schon länger besteht“ ([finanztip.de](https://www.finanztip.de), 30.8.22), ist es für die Vermieter schon nach 14 Monaten statthaft, Mieterhöhungen einzutreiben. Für die Millionen, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesenen sind, die über nichts als ihre Arbeitskraft verfügen (deren Arbeitsplatz zudem oft unsicher oder prekär ist), ist das eine nicht zu stemmende Kostenexplosion.

Auch bei einem neuen Mietverhältnis darf die Miete „nach 15 Monaten“ (§ 558 Abs. 1 Satz 1 BGB) steigen. Ähnliches gilt für die staatliche Verneinung vor dem Wohnungseigentum, das bewirkt bei denen, die Mieter heißen, bei entsprechenden Verlusten durch dauerhafte entwertete Löhne, bedrohliche Existenznöte. Die Tarifierhöhung, die etwa im Zwei-Jahres-Rhythmus von ihrer Gewerkschaftsführung ausgehandelt wird und oft erst einige Monate später zu wirksamen Lohn- oder Gehaltserhöhungen führt, wird das nicht auffangen können. Die Ursache ist bekannt, doch von offizieller Seite verlautet anderes dazu.

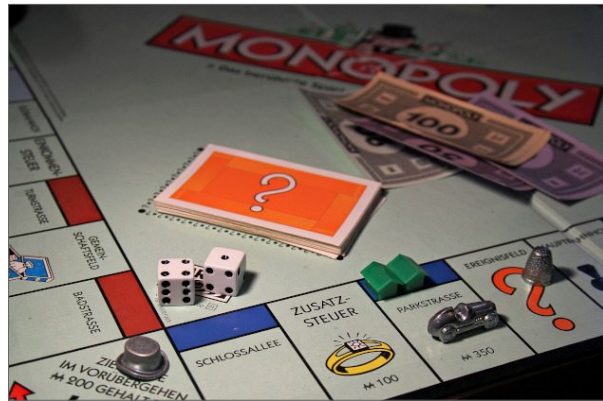


Bild von [Ralf Ruppert](#) auf [Pixabay](#)

Das Narrativ: Putin soll schuld sein

Die seit etwa einem Jahr herbeigeführte Geldentwertung soll ihren Grund im Ukrainekrieg haben und nicht auf dem Beschluss fußen, den milliardenschweren Waffenlieferungen einen Wirtschaftskrieg gegen den russischen Bösewicht hinzuzufügen. Dass auf den Märkten für Gas und Öl, die der Stromproduktion dienen, mit der Absage an jahrzehntelange günstige Lieferungen aus Russland Turbulenzen entstanden sind, die in Deutschland für ziemliche Schäden sorgen, ist augenfällig. Der gesamte Standort wird so in Mitleidenschaft gezogen. Die Wirtschaftsleistung ist geschrumpft. „Ende ... 2022 (sank) das Bruttosozialprodukt um 0,4 Prozent“ ([zdf.de](https://www.zdf.de), 24.2.). „Deutsche Wirtschaft in der Rezession“, so war auf [taz.de](https://www.taz.de) vom 25.5. zu lesen. Das BIP ist im 1. Quartal 2023 wieder „um 0,3 Prozent gefallen.“ Die Arbeitslosenzahlen stiegen im April im Vergleich zum Vorjahr „um 276.000 Menschen“ ([wiwo.de](https://www.wiwo.de), 28.4.). Im „Jahresdurchschnitt 2023 (wird) das reale Bruttoinlandsprodukt ... um 0,3 % zurückgehen“, so zu lesen unter www.bundesbank.de vom 5.7. Das Geschäftsklimabarometer des IFO stellt eine grundlegende Besserung infrage - auch gegen die `Prophezeiungen´ von R. Habeck, den „Wohlstand [zu] erhalten“ ([wdr.de](https://www.wdr.de), 5.6.. Aktuelle Stunde) - und sieht „die deutsche Wirtschaft ... skeptisch (bezogen) auf den Sommer“ ([ifo.de](https://www.ifo.de) , 24.5.). Produktion und damit Geschäft findet nicht statt, weil der Zweck dieser Veranstaltung - die Profitabilität - wegen der hohen Energiepreise nicht gewährleistet ist.

Die erheblichen Mehrkosten für Energie brachten manche Betriebe in massive Schwierigkeiten, z. B. Uniper, wo der Bund mit Milliarden einspringen muss; andere wiederum verdienen sich 'dumm und dämlich'. Für Deutschland bestand der imperialistische Gehalt des langen Deals mit Russland darin, sich vom Öl der Scheichs und von den USA teilweise unabhängig zu machen. Nach der deutschen Aufkündigung der russischen Gaslieferungen und den daraus erwachsenen Schwierigkeiten, Gas auf dem Weltmarkt einzukaufen, wurde das schmutzige, umweltschädliche, drei- bis viermal so teure LNG-Gas größtenteils aus den USA gekauft. So befinden sich die USA mit ihrem dreckigen Schiefergas auf dem Weg zur „neue[n] Weltmacht für Energie“ (www.welt.de, 27.2.).

Die Gerüchteküche nach Kriegsbeginn hält sich bis heute, Russland hätte „uns“ den Gashahn zugekehrt. Obwohl der Beschluss der Politik eindeutig war, kein Gas und Öl mehr aus Russland zu kaufen! Russland hat immerhin bis zum Sommer 2022 noch Gas geliefert, dann wurde es weniger wegen des Lieferstreits um eine zu wartende Turbine. Letztendlich hat im Herbst die Zerstörung der drei von vier Leitungen von Nordstream I und II für klare Verhältnisse gesorgt.



Bild von Wilfried Pohnke auf Pixabay

Schon weit vor dem russischen Kriegsbeginn wurde die Ukraine seit dem Putsch mit ausländischer Gewalt oder der „friedlichen“ Revolution des Volkes 2014 (je nach Standpunkt!) militärisch von den USA und GB aufgerüstet. Die EU unter Führung Deutschlands liefert seit Kriegsbeginn nicht nur Waffenarsenale, mittlerweile tobt die Debatte um Kampffjets, so wird die Eskalationsspirale peu à peu nach oben geschraubt. Dazu steht die EU für den ukrainischen Staatshaushalt in Zusammenarbeit mit den USA gerade - und weist weiterhin strikt von sich, Kriegspartei zu sein. Das erklärte Ziel von Außenministerin Baerbock, Russlands Wirtschaft so zu „ruinieren“, dass Russland „jahrelang nicht mehr auf die Beine kommt“ (focus.de, 2.5.22), ist ja bekannt.

Energie wird verteuert und damit alles andere auch!

Die Preiserhöhungen für Energie wirken sich bei vielen Unternehmen und allen Privatverbrauchern aus, denn Energiekosten schlagen in fast allen Produkten und Dienstleistungen zu Buche. Damit fand und findet eine flächendeckende Verteuerung statt. Zu den immensen Preiserhöhungen treibt die Spekulation an den Börsen diese Entwicklung weiter an, wenn auf höhere Preise gewettet wird, ohne dass Öl oder Gas gekauft wird. Das tagtäglich bekannte Auf und teilweise wieder Ab der Preise in Supermärkten und an Tankstellen durch die Ver-

käuferschar ist ganz allein für die Entwertung des Geldes verantwortlich. Wenn Kaufkraft abgeschöpft ist, haben die Händler von Lebensmitteln nur die Wahl: die Ware wird entsorgt oder die Preise werden partiell etwas entschärft.

Die letzten in dieser Kette sind nun mal die Verbraucher, als Arbeiter und Angestellte wird ihnen vom ökonomischen Sachverstand abgeraten, in eine "Lohn-Preis-Spirale" einzutreten, denn sollten sie sich eine Lohnerhöhung erstreiten, macht das Unternehmen sie sofort durch eine Preiserhöhung zunichte. Dass seit einem Jahr eine Preis-Preis-Spirale dominiert, ist daher gleichgültig. Wäre doch mal was, wenn alle Beschäftigten auf die Preiserhöhungen reagierten und gemeinsam ins Personalbüro strömten und umgehend einen Ausgleich forderten. Diesen Sachzwang gibt es leider in dieser Ökonomie nicht. Den Sachzwang, die Kosten der Preiserhöhungen an den Verbraucher weiterzugeben, schon.



Bild von [Steve Buissinne](#) auf [Pixabay](#)

Klar war für die Politik von vornherein, dass die Wirtschaft, nicht die Schäden, die sie mit der Preistreiberei selbst verursacht, alleine schultern kann. Dafür haben sich die Gewerkschaften in einer konzertierten Aktion auf Anraten des Kanzlers im Sommer 2022 zur Annahme der „Einmalzahlungen“ bereit erklärt, die bei den „Preisstürmen“ bald aufgebraucht sein werden. Außerdem finden diese Zahlungen keine Berücksichtigung in der nächsten Tarifrunde. Die Armut

nimmt zu, das beklagen Sozialverbände und auch Gewerkschaften, und verallgemeinert sich. Ob das in der Klasse der Lohnarbeiter vielfach durchgesetzte Leben von der Hand in den Mund auch in gleicher Weise bedroht ist, wird sich zeigen, so der Standpunkt der Politik. Wenn in Österreich von Politikern angekündigt wird, die kalte Progression in der Steuergesetzgebung auszusetzen und die Sozialleistungen regelmäßig anzupassen, spricht dieser Maßnahmenkatalog eher dafür, dass die Politik mit einem Fortgang der Geldentwertung rechnet.

Zu neuer Aktualität gelangt somit die Aussage von Frau Baerbock, „Wir sind im Krieg mit Russland“ (wenn später auch auf die dazu passende Gesinnung heruntergebrochen). Es droht der Punkt, wo der Stellvertreterkrieg in der Ukraine die Waffensponsoren Deutschland und die weiteren NATO-Staaten vor die Frage stellt, ob sie nur den Krieg „from behind“ führen wollen oder nicht ins unmittelbare Kampfgeschehen eingreifen müssen. Die „Blut, Schweiß und Tränen“-Aussage eines Churchill tönte ja schon aus dem Blätterwald.

Und zur Schuldenmacherei

Eine Instanz scheint diese Geldprobleme nicht zu haben, zumindest bisher. Das Schuldenmachen scheint für eine Großmacht, die sich zu noch Höherem berufen sieht, grenzenlos und von den Zinserhöhungen unbekümmert zu sein. Gemeint sind die Kriegskredite, die schon zig

Milliarden verschlungen haben und die zukünftig für Kriegsgerät der Bundeswehr als „Sondervermögen“, was ja auch Schulden sind, ausgegeben werden sollen. Das sind verdammt hohe Kosten, dazu kommen noch ähnlich hohe Summen gemeinsam mit den USA für die Aufrechterhaltung des ukrainischen Staates. Und wenn der Finanzminister jetzt schon 20 Milliarden für den kommenden Haushalt einsparen will, weiß er mit Sicherheit, wo er es nicht holen wird: bei seinen Lieblingsbürgern aus dem Unternehmerlager.

So werden die Staatsaufgaben durchsortiert, damit die Kreditwürdigkeit bei den Ratingagenturen nicht herabgestuft wird. Eine weitere Erhöhung des Rentenalters wird von den Spezis aus dem Wirtschaftslager ja seit einiger Zeit wieder vehement gefordert. Ob das allerdings zu Protesten in Millionenhöhe wie in Frankreich führt, wo der selbtherrliche Präsident das Parlament bei seiner Entscheidung der Erhöhung des Rentenalters schlicht umging, ist eher fraglich.

Übrigens, die Krise der Wirtschaft bekommt neues Futter, denn die Produkte der Waffenschmieden tragen nichts zum weiteren Wachstum bzw. zur Ankurbelung ökonomischer Kreisläufe bei. Panzer etc. warten auf ihren Einsatz oder werden verschrottet! Wahrhaftig trübe Zeiten! Die Teuerung, wie so viele andere Dinge, sind und bleiben eben eine Klassenfrage, wenn auch kaum jemand davon sprechen mag.



Über den Autor

Frank Bernhardt (* 1949), Ausbildung zum Industriekaufmann; nach Pädagogik-Studium mit Abschluss des 2. Staatsexamens Junglehrer an einer Hamburger Förderschule, anschließend Sonderpädagogisches Aufbaustudium mit Abschluss, bis 2015 Tätigkeit an Förderschulen und im Personalrat VR So sowie im Schul-PR.

Mitglied in der IG Metall seit 1968, seit 1971 in der GEW.

Kontakt:

Bernhardt@alstersite.de